

# *Wie demokratisch ist unsere Demokratie ?*

## **- Überlegungen von Michael Schneider zur Wahl unserer Volksvertretung**

Wieder einmal hatten wir Deutschen am 27.09.2009 die Möglichkeit unsere Volksvertreter zu wählen – nach demokratischen Prinzipien und mit demokratischen Mitteln.

Ich betrachte in diesem Zusammenhang einmal nur die bloßen Zahlen und entdecke Erstaunliches – auf einfache Weise und mit einfachen mathematischen Überlegungen und – ganz bewusst – auch ohne die Zahlen auf die Goldwaage zu legen und bis zur x-ten Stelle hinter dem Komma genau zu berücksichtigen – ganz bewusst einfach zum Nach-Denken.

Das gesamte deutsche Volk besteht aus rund 82 Mio. Menschen.

Wahlberechtigt waren dieses Mal davon etwa 62 Mio. Menschen (ca. 75 % aller Deutschen) – und gut 20 Mio. Menschen (ca. 25 % aller Deutschen) waren nicht wahlberechtigt.

Ihr Wahlrecht ausgeübt haben etwa 71 % aller Wahlberechtigten (also etwa 44 Mio. Menschen, d.h. knappe 54 % aller Deutschen) – der deutsche Bundestag wurde dementsprechend also von etwas mehr als der Hälfte der gesamten deutschen Bevölkerung gewählt (den etwa 44 Mio. Wählern).

Insgesamt werden in diesem Jahr 622 Sitze im Bundestag verteilt – 622 Abgeordnete wurden von 44 Mio. Wählern zu politischen Vertretern von 82 Mio. Menschen in Deutschland gewählt.

So wie es im Moment aussieht werden CDU/CSU und FDP die Regierung stellen – mit 239 (CDU/CSU) bzw. 93 (FDP) Sitzen – zusammen also 332 Sitzen (ca. 53 % aller Sitze) – vertreten sie die politische Macht in Deutschland, weil sie mit gut 53 % aller Sitze natürlich auch etwa 53 % aller Wähler (also ca. 23 Mio. Menschen) repräsentieren sollten.

In der Opposition sind die SPD mit 146 Sitzen, Die Linke mit 76 Sitzen und Die Grünen mit 68 Sitzen vertreten (also etwa 47 % aller Sitze bzw. Wähler, d.h. etwa 21 Mio. Menschen).

Diesen Zahlen entsprechend wird unsere neue Bundesregierung von

- ca. 53 % der Abgeordneten im Bundestag (332 Menschen) - also von
- ca. 53 % aller 44 Mio. Wähler - also von
- ca. 38 % aller 62 Mio. Wahlberechtigten - also von
- ca. 28 % aller 82 Mio. Menschen in Deutschland

legitimiert und erhält somit ihre Macht über 82 Mio. Menschen von etwa 23 Mio. Menschen – also nicht auf Grund einer wirklichen Mehrheit der Menschen in Deutschland.

Im Umkehrschluss würde die Opposition daher etwa 59 Mio. Menschen vertreten obwohl sie nur von ca. 21 Mio. Menschen gewählt wurde – oder ca. 38 Mio. Menschen blieben ganz unvertreten.

Ich halte diese Zahlenverhältnisse sowohl für bedenkenswert als auch bedenklich !

Bedenkenswert, weil es - aller Wahrscheinlichkeit nach - triftige Gründe für diese Verhältnisse gibt.

Bedenklich, weil diese Gründe - vermutlich - ein sehr kritisches Bild unserer Gesellschaft zeigen.

Worauf sich diese Zahlenverhältnisse begründen liegt bei genauer Betrachtung direkt auf der Hand:

- etwa 20 Mio. Menschen durften nicht wählen, weil sie nicht wahlberechtigt waren und
- etwa 18 Mio. Menschen haben nicht gewählt - obwohl sie wahlberechtigt waren.

Warum ist das so ? Und welche möglichen Schlussfolgerungen ergeben sich daraus ?

Für die erste Gruppe ergibt sich eine einfache Erklärung:

Der weit überwiegende Teil dieser Gruppe besteht aus Minderjährigen - Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren, die einfach noch kein Wahlrecht haben.

Aber ist dies ein Grund, Kinder und Jugendliche politisch zu „verwehrlösen“?

Die Eltern tragen zwar die Verantwortung für ihre Kinder – lieben, ernähren und versorgen sie - teilen ihr Einkommen mit ihren Kinder – und sorgen so für den Fortbestand unserer Gesellschaft und der Menschheit als Ganzes - eine politische Verantwortung für ihre Kinder dürfen sie jedoch nicht tragen – sie dürfen kein Wahlrecht für diese jungen Menschen vertreten und ausüben, weil Politik und Gesellschaft Kindern und Jugendlichen keine eigene Vertretung zugestehen.

Eltern müssen sich selbst demnach nicht nur wirtschaftlich sondern auch politisch einschränken – nicht nur ihr Einkommen mit den Kindern teilen sondern auch ihre eigene einzelne Stimme.

Und Gesellschaft und Politik hinterlassen den nachfolgenden Generationen – diesen „stimmlosen“ Kindern und Jugendlichen - einfach ihr ökonomisches und ökologisches Erbe – egal ob Staatsschulden, Rentenlasten oder Umweltsünden - , ohne dass diese sich dagegen wehren könnten – nicht einmal durch Vertretung einer eigenen Stimme durch und über ihre Eltern.

Wenn Kinder Menschenrechte besitzen, sollten diese dann nicht auch politisches Gewicht besitzen ?

Bei der zweiten Gruppe zeigt sich als logische Erklärung:

Wer sein Wahlrecht nicht ausübt, der tut dies vermutlich entweder, weil er nicht kann, oder, weil er nicht will.

Wer also sein Wahlrecht nicht ausübt, weil er nicht kann, wird dies sehr wahrscheinlich mehr aufgrund mangelnder Kenntnisse als aufgrund mangelnder Fähigkeiten tun.

Dies wäre dann ein deutlicher Auftrag an die Bildungspolitik – ein dringendes „Muss“ zur Erhaltung unserer Demokratie.

Und wer sein Wahlrecht nicht ausübt, weil er nicht will, hat damit natürlich doch eine Wahl getroffen – allerdings leider politisch kaum wirksam.

Die Begründung für eine Nicht-Wahl würde dann - vielleicht - so klingen:

„Ich will nicht wählen, weil ich nicht kann.“

Oder:

„Ich will nicht wählen, weil ich überhaupt keine Demokratie will.“

Oder:

„Ich will die bestehenden Parteien nicht wählen.“

Oder:

„Ich will nicht wählen, weil mir das alles sowieso egal ist.“

Oder, oder, oder ...

Allen diesen Möglichkeiten ist eines gemeinsam: Es sind nur Möglichkeiten !

Und sie sind ziemlich nutzlos, weil sie nicht aktiv ausgezählt werden können – werden somit also bestenfalls als undeutliche Hinweise an unsere Demokratie wahrgenommen und ausgelegt.

Ist es vorstellbar, dass 18 Mio. Wählerinnen und Wähler nicht wahrgenommen werden wollen ?

Was wäre wohl geschehen, wenn 18 Mio. - bewusst und willentlich – ungültig gemachte Wahlscheine ausgezählt worden wären ?

Vieles deutet hier darauf hin, dass ein Mangel an (staatsbürgerlichem) Selbstbewusstsein und eine zu geringe Identifikation mit der Demokratie und ihren Rechten und Möglichkeiten besteht.

Insgesamt ein deutlicher Aufruf an die deutsche Bildungs- und Sozial- und Familienpolitik, denn ein weiterer Rückgang der Wahlbeteiligung um etwa sechs Prozentpunkte (wie von 2005 zu 2009) auf zukünftig ungefähr 66% der Wahlberechtigten (also dann ca. 41 Mio. Menschen) führt unausweichlich zur Realisierung der „schweigenden Mehrheit“ - zu über 41 Mio. Menschen in Deutschland, die in unserer Politik keine eigene Stimme haben dürfen, können oder wollen.

Und wie demokratisch wird unsere Demokratie dann sein ?

*Michael Schneider*